



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/MI/244 - 22. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Gärender Satellitenbereich	S. 1
Ollenhauers Programm in Asien	S. 3
Rentenklarheit notwendig	S. 5

Auf dem Wege zur Unabhängigkeit ?

sp. Der heroischen Geschichte und Vergangenheit des polnischen Volkes wird in diesen Tagen ein neues, faszinierendes Kapitel hinzugefügt. Seine Verfasser sind die arbeitenden Menschen in Polen und der Geist, von dem es kündigt, ist der Geist der Freiheit und des Kampfes gegen die Ausbeutung. Nationale und soziale Ströme münden hier ineinander.

Polen ist in den elf Jahren seit dem Ende des Krieges weniger als die meisten Staaten des westlichen Grenzgebietes der Sowjetunion deren Bevormundungs- und Herrschaftsansprüchen zugänglich gewesen. Hier hat der heimliche und zeitweise auch offene Widerstand gegen die fremden Unterdrücker, die als Heilsbringer auftraten, nie aufgehört. Als nach dem Bruch Titos mit Moskau die schaurigen Tito-Listen-Prozesse in den Satellitenländern begannen, wagten die kommunistischen Führer Polens nicht, dem Beispiel zu folgen und den äussersten Schritt zu tun. Der Repräsentant eines national gefärbten polnischen Kommunismus, Wladyslaw Gomulka, verschwand zwar 1951 hinter Kerkermauern, ohne dass man ihm den Prozess gemacht hätte. Er betrat dann ob. r. 1954 wieder entlassen, fünf Jahre nach seiner Verhaftung als unbestrittene Führerpersönlichkeit die politische Szene seines Landes.

Alle Berichte aus Polen vermitteln den Eindruck, dass die dort in Gang gekommene Entwicklung der Entstalinisierung und der zunehmenden Demokratisierung auf sehr breiten und festen Grundlagen in der Bevölkerung selbst ruht. Dabei ist festzustellen, dass die oppositionellen Kräfte um Gomulka, die jetzt zum Zuge kamen, überzeugte Kommunisten sind. Die Beschuldigungen der Moskauer "Prawda", in Polen seien

antikommunistische Drahtzieher am Werke, entspringen nur der Absicht, die polnischen Nationalkommunisten in der internationalen kommunistischen Welt zu diffamieren.

Was wollen diese Nationalkommunisten? Den besten Aufschluss darüber gibt die grosse Rede Gomulkas, das imponierende Plädoyer eines starken Behauptungswillens gegen nationale Überfremdung und soziale Ausbeutung. Dies sind die beiden Hauptziele, denen dieser politische Aufstand das Gepräge gibt.

Noch vermag niemand zu sagen, welche Wirkungen im einzelnen von den Ereignissen in Polen auf die übrigen Satellitenstaaten und auf die Sowjetunion ausstrahlen werden. Aus der Rede Gomulkas geht hervor, dass sich die innere Wandlung Polens nicht in offener Frontstellung gegen die Sowjetunion vollziehen soll. Aus der sowjetischen Reaktion wiederum müsste man ersehen, wie ernst es dem Führungskollektiv des Kreml mit der Verkündung des Grundsatzes der Koexistenz innerhalb der kommunistischen Welt wirklich ist. Im Fall Jugoslawien wird dieses Prinzip seit dem Cancase-Gang Chruschtschows praktiziert. Im Falle Polen und anderer Satellitenstaaten muss es erst noch angewandt werden. Dabei ist nicht zu übersehen, dass alle diese Fälle verschieden gelagert sind: Zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion gibt es keine unmittelbare Nachbarschaft. Alle anderen Staaten, mit Ausnahme Bulgariens, Albaniens und, wenn man so will, auch der Zone, grenzen an das sowjetische Imperium. Damit ist die Gefahr eines direkten Eingreifens der Sowjetunion in diesen Ländern erheblich grösser.

In Deutschland interessiert natürlich die Frage nach den möglichen Rückwirkungen der Vorgänge in Polen auf die politischen Verhältnisse in der Zone besonders. Die Zone zeigt bisher die geringsten Merkmale einer veränderten politischen Atmosphäre im Sinne der Entstalinisierung. Immerhin wächst im Rahmen neuer, nicht auf offene Gewalt abgestellter Kampfformen der passive Widerstand der Arbeiter gegen die unveränderte Normenschinderei und andere Begleiterscheinungen der SEDistischen Diktatur. Aber bei den Intellektuellen herrscht nach wie vor Windstille, anders als in Polen oder Ungarn, wo sich gerade die geistigen Kräfte zum Anwalt der Leiden ihrer Völker gemacht haben. Doch lässt sich kaum vorstellen, dass, auf weite Sicht gesehen, die Flut, die sich in Bewegung gesetzt hat, ausgerechnet vor der Zone Halt machen wird.

Und wie wird sich schliesslich Moskau selbst, das den ersten Anstoss für diese Entwicklung gab, angesichts der elementaren Macht der letzten Geschehnisse verhalten? Das Dilemma, vor das sich der Kreml gestellt sieht, ist dies: Kann die Sowjetunion bei sich selbst den Prozess der Entstalinisierung weiter fördern, ihn aber seinen Nachbarn verweigern, auch wenn am Ausgang eines solchen Prozesses die volle Gleichberechtigung der nationalkommunistischen Staaten mit der Sowjetunion stünde? Das letzte Wort dazu ist offenbar in Moskau noch nicht gesprochen worden.

Im Dienste der Freundschaft und des Friedens

H.P. Sieben Wochen wird der erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, Länder des Nahen und Fernen Ostens besuchen. Die lange Abwesenheit von der Bundesrepublik ist voll gerechtfertigt, wenn man sich der Aufgabe bewusst ist, die uns Deutschen allgemein und den deutschen Sozialisten speziell in Asien gestellt ist. Dort haben wir ungenutzte Chancen, für unser besonderes Anliegen Freunde zu gewinnen. Diese Chance zu nutzen hat sich Ollenhauer gestellt.

Während er als Delegierter der Sozialistischen Internationale an der Asiatischen Sozialistischen Konferenz in Bombay teilnehmen wird, hat er Gelegenheit vor dem Forum wichtiger asiatischer Persönlichkeiten zu reden. In einem der drei Seminare der Konferenz wird er über das Thema "Internationale Aspekte sozialistischer Politik" referieren. Ein anderes Mal wird er das besondere Anliegen der deutschen Wiedervereinigung in einer längeren Ausführung zur Sprache bringen. Daneben sind eine Reihe von Veranstaltungen Ollenbauers während seines Aufenthaltes in Bombay geplant. So wird er auf einen Empfang der Deutsch-Indischen Gesellschaft, zu dem mehrere hundert Personen geladen sind, führende Persönlichkeiten kennenlernen. Auf einem Empfang der indischen Journalistenvereinigung, der zu Ehren Ollenbauers gegeben wird, bietet sich die Gelegenheit, mit der Presse Fühlung zu nehmen und auf Fragen zu antworten. Auch die grösste Gewerkschaft, die von der Kongresspartei geleitet wird, veranstaltet eine Kundgebung für Erich Ollenhauer. Daneben wird die Möglichkeit gegeben sein, mit führenden Vertretern aus Politik und Wirtschaft zusammenzutreffen. Schliesslich sei nicht unerwähnt, dass auch die Deutsche Kolonie, die zurzeit ca. 250 Köpfe in Bombay zählt, den Oppositionsführer kennenlernen wird.

Nach Abschluss der Konferenz in Bombay wird Ollenhauer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD eine Anzahl weiterer asiatischer Länder besuchen. Sein Weg führt ihn zunächst nach Ceylon, wo er Gast des Ministerpräsidenten während seines Aufenthaltes sein wird. Der jetzige Ministerpräsident von Ceylon, Bandaranaike, ist zur selben Zeit Führer der stärksten Regierungspartei, der Sozialisten.

Von Ceylon wird Ollenhauer nach Djakarta fliegen, um eine Einladung der indonesischen Sozialisten wahrzunehmen. Die indonesische sozialistische Partei hat mit grossen Wachstumsschwierigkeiten zu kämpfen. Bei

den letzten Wahlen hat sie nicht gut abgeschnitten und ist jetzt dabei, ihre Struktur von einer Kader- zu einer Massenpartei umzuwandeln. Es ist unbestritten, dass gerade in ihren Reihen viele führende Köpfe Indonesiens organisiert sind.

Über Manila führt der Weg weiter nach Japan, wo die sozialistische Partei die Opposition als zweitstärkste Partei des Landes stellt. Das Programm in Japan sieht eine Pressekonferenz nach Ankunft vor sowie eine Massenkundgebung aus Anlass des Gründungsjubiläums der sozialistischen Partei. Exkursionen nach wichtigen anderen Städten sowie Empfänge der Partei und des Deutschen Botschafters sind ausserdem geplant. Erich Ollenhauer wird in Japan Gelegenheit haben, die oft sehr ähnlich gelagerten Probleme der beiden Länder ausführlich mit Sozialisten und anderen führenden Persönlichkeiten Japans zu besprechen.

Über Hongkong geht es dann nach Rangoon, der Hauptstadt Burmas. Dort regieren die Sozialisten, seitdem das Land im Jahre 1947 seine Unabhängigkeit erhielt. Auch dort wird, wie in Ceylon, Ollenhauer Staatsgast sein und eine Reihe von Kontakten mit führenden Sozialisten in der Regierung erneuern können. In Rangoon ist das Sekretariat der Asiatischen Sozialistischen Konferenz, in dem die burmesischen Sozialisten eine entscheidende Rolle spielen.

Es folgt ein Aufenthalt in Thailand, das seit Jahrzehnten unabhängig ist, und mit Deutschland in engem Kontakt steht. Die Frau des Ministerpräsidenten, die selbst eine bedeutende Rolle in ihrem Land spielt, hatte den SPD-Vorsitzenden bei ihrem kürzlichen Besuch in Bonn eingeladen. Von Bangkok wird Ollenhauer über Calcutta nach New Delhi fliegen, um führende Mitglieder der Kongresspartei, der Regierung und Ministerpräsidenten Nehru zu sehen. Den Abschluss in der Reihe dieser Länder bildet ein dreitägiger Aufenthalt in Karachi, der Hauptstadt Pakistans. Von dort geht der Weg über Teheran nach Tel Aviv, wo Ollenhauer der Einladung der Sozialistischen Partei (MAPAI), der grössten Regierungspartei, Folge leistet. Fast eine Woche lang wird sich dort die Gelegenheit bieten, die besonders schwierigen Probleme dieses jungen Landes zu studieren, das so mutig den Versuch unternimmt, auf sozialistischer Grundlage, inmitten einer feudalistischen Umwelt, ein modernes Staatswesen gegen die inneren und äusseren Feinde zu verteidigen.

Kurz vor Weihnachten wird Erich Ollenhauer aus Israel nach Bonn

zurückkehren. Schon heute kann gesagt werden, dass allein die Tatsache der Reise des Führers der Opposition ein weites und erfreuliches Echo gefunden hat und bestimmt dazu beitragen wird, uns neue Freunde in der Welt zu schaffen.

* * *

Zusätzliche Monatsrente als Überbrückung

FB. Komme es, wie es wolle: In dieser Woche muss wenigstens in der Frage der Überbrückungszahlungen für die Rentner Klarheit geschaffen werden, und es ist unerträglich und auch unmenschlich, wenn man gerade diese Bevölkerungsgruppe, die mit dem Pfennig rechnen muss, vor Tag zu Tag zwischen Hoffen und Bangen hin- und herreißt.

So wird also die sozialdemokratische Bundestagsfraktion darauf bestehen, dass am Mittwoch in erster Lesung ihr Gesetzentwurf beraten wird, der als Überbrückungsleistung eine zusätzliche Monatsrente vorsieht. Bei dieser Gelegenheit können auch die FDP-Anträge und der als Drucksache noch nicht vorliegende, aber angekündigte Entwurf der Koalitionsparteien beraten werden, der nur den sogenannten dreifachen Renten-Mehrbetrag gewähren will. Schon am Donnerstag müsste sich dann der Sozialpolitische Ausschuss mit den überwiesenen Gesetzentwürfen befassen und am Freitag sollte in zweiter und dritter Lesung der Bundestag diese Materie erledigt haben. Gelingt das nicht, dann geriete man in eine gefährliche Terminnot, denn letzten Endes muss auch der Bundesrat den vom Bundestag dann beschlossenen Entwürfen zustimmen und jedermann weiß, auch, dass die Verwaltung eine vernünftige Anlaufzeit braucht, wenn sie Rentenerhöhungen rechtzeitig auszahlen soll.

Es muss also in diesen Tagen Klarheit geschaffen werden, womit die Rentner zu rechnen haben. Darüber aber wird es noch erbitterte Kämpfe um das Wie der Überbrückungszahlungen geben. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion verlangt die zusätzliche Monatsrente, und um nicht der Koalition die Möglichkeit zu geben, damit neue Verschleppungs-Methoden im Hinblick auf die generelle Neuordnung der Renten anzuwenden, geht der SPD-Gesetzentwurf davon aus, dass diese zusätzliche Monatsrente nur eine Abschlagszahlung für Nachzahlungen sein soll, die bei der generellen Renten-Neuordnung ohnehin gezahlt werden müssen.

Dieser wichtige Grundgedanke ist in den Vorschlägen der Koalition

nicht enthalten. Wird ihr Antrag verwirklicht, dann würden die Mindestbeträge für den Versicherten DM 21.--, für die Witwe DM 14.-- und für die Waise DM 10.-- betragen. Diese minimalen Beträge müssen auf jeden Fall erhöht werden. Der Winter steht vor der Tür, die Kohlenpreise steigen, die Kartoffeln müssen eingekellert werden; wie soll das alles von DM 21.-- bestritten werden?

Schon heute hört man wieder von der Koalitionsseite das Argument, für die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe seien die Mittel nicht vorhanden, denn sie würden rd. 680 Mio DM erfordern, während der Koalitionsantrag nur DM 220 Mio beansprucht. Die Zahlen stimmen. Aber jetzt rächt sich doch bitter, dass man bei den Haushaltsberatungen den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt hat, den Ansatz für die Rentenversicherungen von 200 Mio DM um 1.015 Mio DM auf insgesamt 1.215 Mio DM zu erhöhen. Diesen sozialdemokratischen Antrag hat man abgelehnt, obwohl man genau wusste, dass man für Rentenerhöhungen Mittel benötigen wird.

Das Argument der fehlenden Deckung ist billig und abgestanden, es kann niemanden überzeugen. Bei den Haushaltsberatungen hat man der SPD den Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für Rentenerhöhungen abgelehnt, aber ohne Mühe fand sich eine Deckung fast für den gleichen Betrag von 1.455 Mio DM, die wir trotz aller Souveränität nach wie vor als Stationierungskosten zu bezahlen haben. Im Juliusturm ist die Deckung für den sozialdemokratischen Gesetzentwurf durchaus gegeben. Dieses Geld kann einfach nicht besser verwandt werden, als für unsere Rentner, die trotz acht Jahre Wirtschaftswunder immer auf der Schattenseite des Lebens stehen müssen.

* * *

Kirche und Politik

Diese Rückversicherung erweckt den Eindruck, dass es uns als kirchlicher Gemeinschaft vielleicht doch nur um irdische Werte geht, etwa um politische Macht. Echter Widerspruch bestreitet der Kirche das Recht, sich überhaupt um Politik zu kümmern. Er verkant, dass die Gottesherrschaft total ist. "Aber die Kirche würde die Einzigartigkeit ihrer Existenz, die souveräne Unbedingtheit ihres Anspruchs in den Schatten stellen, wenn sie diesen Anspruch mit dem durchaus legitimen Machtwillen einer politischen Partei so identifizierten würde, dass diese Partei als Repräsentation der Kirche im politischen Raum erschiene." Damit ist nichts gegen die Existenz einer Partei von Christen gesagt. Aber "es wäre ein Verhängnis für die Demokratie ebenso wie für die Kirche, wenn jede Wahl zu einem Glaubensbekenntnis werden müsste. Das würde es letzten Endes unmöglich machen, das Wahlergebnis überhaupt politisch auszuwerten." Es gibt politische Fragen, deren Lösung nicht Aufgabe - 7 -

der Kirche ist, sondern die aus der in das persönliche Gewissen genommener politischen Einsicht der Wähler entschieden werden müssen. Hier kann sich die Kirche nicht einen unechten und unnötigen Widerspruch aussetzen, indem sie die rein politische Opposition auf sich zieht, der in einem gesunden demokratischen Staat jede politische Auffassung und Partei notwendig begegnen muss.

(Laientheologe Robert Spaemann auf dem diesjährigen Katholikentag in Köln, nach "Herder-Korrespondenz", Oktober 1956)

* * *

Ehrensold für Professor Hausenstein

Prof. Dr. Wilhelm Hausenstein, Botschafter a.D., hat dem Sozialdemokratischen Pressedienst mitgeteilt, dass die Meldung des Dienstes in seiner Ausgabe vom 25. September über seine, Hausenstein's, Abfindung nicht zutreffe. Prof. Hausenstein bat, "eine entsprechende Notiz" zu veröffentlichen, ohne dass er damit eine Angabe über den tatsächlichen Sachverhalt verband.

Der SPD-Pressedienst hatte am 28. September gemeldet, Botschafter a.D. Hausenstein beziehe eine monatliche Vergütung von DM 300.-- aus einem Fonds "Künstlerhilfe", nachdem sich der Bundespräsident dafür verwandt habe.

Die Präsidialkanzlei des Bundespräsidenten erklärt nun dazu, Prof. Hausenstein erhalte monatlich DM 500.-- aus dem "Fonds" für Bewilligungen durch den Bundespräsidenten", aus dem der Bundespräsident "Ehrengaben", "Ehrensold" u.ä. bewilligen kann.

Solche Beihilfen sind, wie wir hinzufügen möchten, jederzeit widerrufbar. Prof. Hausenstein strebt nach unseren Informationen eine Pensionierung an, da er glaubt, darauf ein moralisches Recht zu haben.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau